

Öffentliche Bekanntmachung

Bebauungsplan Weeze Nr. 7 A -Magdeburger Straße- 1. vereinfachte Änderung gem. § 13 Baugesetzbuch (BauGB) Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Weeze hat sich in seiner Sitzung am 10.07.2018 mit der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Weeze Nr. 7 A -Magdeburger Straße- einverstanden erklärt und beschlossen, den Bebauungsplan Weeze Nr. 7 A -Magdeburger Straße- im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB zu ändern (1. vereinfachte Änderung).

Der räumliche Geltungsbereich der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Weeze Nr. 7 A -Magdeburger Straße- umfasst das Flurstück 791 (alt 576) sowie ein Teilstück (Stichweg) der öffentlichen Straßenverkehrsfläche (Breslauer Straße), Teil des Flurstücks 790 (alt 576), Flur 66 in der Gemarkung Weeze und ist dem beigefügten Planausschnitt zu entnehmen.

Durch die 1. vereinfachte Änderung werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung eines erweiterten Garagenhofes geschaffen.

Die Öffentlichkeit sowie die berührten Träger öffentlicher Belange haben im Beteiligungsverfahren keine Anregungen bzw. Bedenken vorgebracht. Somit hat der Rat der Gemeinde in seiner Sitzung am 10.07.2018 die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Weeze Nr. 7 A -Magdeburger Straße-, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, gemäß § 10 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NRW als Satzung und die Begründung, den Landschaftspflegerischen Fachbeitrag sowie die Artenschutzprüfung (ASP) hierzu beschlossen.

Die Planausfertigung der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Weeze Nr. 7 A -Magdeburger Straße- liegt mit der dazugehörigen Begründung, dem Landschaftspflegerischen Fachbeitrag sowie der Artenschutzprüfung (ASP) ab sofort im Fachbereich 2 der Gemeinde Weeze, Rathaus, Zimmer 25, Cyriakusplatz 13/14, 47652 Weeze, während der Dienstzeiten (montags - freitags von 8.00 - 12.00 Uhr, montags - mittwochs von 14.00 - 16.00 Uhr sowie donnerstags von 14.00 - 18.00 Uhr) zur Einsichtnahme öffentlich aus. Über den Inhalt des Plans und dessen Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Die vorgenannten Unterlagen werden zusätzlich im Internet unter www.weeze.de, Rubrik: Bürger/Bekanntmachungen eingestellt.

Bekanntmachungsanordnung

Der Satzungsbeschluss des Rates der Gemeinde Weeze, Ort und Zeit der Auslegung sowie die nachstehenden Hinweise werden hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Hinweise:

1. Gemäß § 44 Abs. 5 BauGB wird darauf hingewiesen, dass der jeweilige Entschädigungsberechtigte eine Entschädigung wegen des Bebauungsplans gemäß § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs.4 BauGB verlangen kann, wenn die in den §§ 39 – 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche kann der Berechtigte dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in § 44 Abs. 3 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.
2. Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 und 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und dass nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.
3. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung kann nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
 - a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
 - b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
 - c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandetoder
 - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Weeze Nr. 7 A -Magdeburger Straße- tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Weeze, 23.02.2021

Gemeinde Weeze

gez. Koenen

Georg Koenen
Bürgermeister

Geltungsbereich der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Weeze Nr. 7 A -Magdeburger Straße-



© Geobasisdaten: Kreisverwaltung Kleve, Genehmigungs-Nr.: 07/42 v. 14.11.2007